

Reform der Allgemeinbildung an Berufsschulen

Autor(en): **Kallenberger, Werner**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1992)**

Heft 18: **Berufsbildung : Weiterbildung**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Reformkommission Allgemeinbildender Unterricht (ABU) unter Vorsitz von Rektor Ochsenbein, Bern, wird Mitte August ihre Entwürfe zur Revision der Lehrpläne für Allgemeinbildung an Berufsschulen in die Vernehmlassung geben. Diese Entwürfe sind zur Zeit im Detail noch unbekannt. Aus den «Blättern» für berufskundlichen Unterricht Nr. 3/92 ist nur zu entnehmen, dass «Musterlehrpläne» für 2- bis 4jährige Lehren für die Romandie, den Tessin und die Deutschschweiz vorgelegt werden sollen.

Reform der Allgemeinbildung an Berufsschulen

Vorläufig wissen wir somit nur, dass die in den 70er Jahren revidierten Lehrpläne nach zwei Jahrzehnten erneut revidiert werden sollen, da die Wirklichkeit einmal mehr die Normen überholt hat.

1991 pulizierte die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) den OECD-Bericht «Bildungspolitik in der Schweiz», der nach dem EDK-Projekt «Bildung in der Schweiz von morgen» von 1990 eine weitere fundiert-kritische Analyse unseres Bildungssystems bot.

ZUR SITUATION DER BERUFSBILDUNG IN DER SCHWEIZ

Im folgenden sollen hier – ohne wissenschaftlichen An-

spruch – nach subjektiven Auswahlkriterien einige Thesen aus gewerkschaftlicher und reformerischer Sicht referiert werden (vgl. Ziffern im OECD-Bericht und «Blätter» Nr. 6–7/91, S. 252 ff.):

94. ... In Zukunft wird jede Altersgruppe, die ins Erwerbsleben eintritt und somit über die neuesten Ausbildungskennntnisse verfügt, beträchtlich zurückgehen.

Die verfügbaren Lehrstellen können z.T. nicht mehr vollständig besetzt werden, weil die Zahl der 15- bis 19jährigen zurückgeht. Nationalen Projektionen zufolge hat diese Altersgruppe zwischen 1980 und 1990 etwa 100 000 Personen verloren und wird bis zum Jahre 2025 um weitere 60 000

zurückgehen, was zusammengekommen ungefähr einem Drittel des Bestandes des Jahres 1980 entspricht.

112. Trotz einer grundsätzlich überaus positiven Beurteilung der schweizerischen Lage gibt es doch auch kritische Bemerkungen, die nicht zu vernachlässigen sind.

Es besteht ein latentes Risiko, dass sich die relative Stellung der Schweiz auf dem Gebiet der industriellen Kompetenz und innovativen Kapazität verschlechtert.

215. ... Man kann sich fragen – auch wenn die Wirtschaftskreise in der Schweiz dem energisch widersprechen –, ob die Quote von 85 % Lehrlingen pro Altersjahrgang in einzelnen Kantonen einer modernen Wirtschaft und ihren Heraus-

forderungen noch entsprechen...?

Es könnte sich als vorteilhaft erweisen, alternative Lösungen zu erproben, um pädagogische und didaktische Fortschritte zu erzielen und Inhalte zu vermitteln, die nicht nur dem momentanen, sondern soweit möglich auch den künftigen Anforderungen entsprechen. Dass über 300 Lehrberufe beibehalten und von Berufsverbänden und Interessengruppen in ihrem Bestand verteidigt werden, spricht nicht gerade für einen Erneuerungswillen. Den Behörden muss zum Vorwurf gemacht gemacht werden, zu sehr Rücksicht auf überholte Berufe und ihre Vertreter zu nehmen. Wir wissen andererseits, dass sich 97,5% der Lehrlinge auf 120 Berufe konzentrieren ...

301. Es fragt sich, ob die Schweiz nicht mehr Ganztageschulen braucht.

Der allgemein festgehaltene Mangel an Lehrlingen scheint ein erster Indikator zu sein. Nur wenige steigen von anderen Schulen in eine Berufslehre um ...

303. ... Allgemein könnte man erwägen, ob die Berufsschulen nicht eine gemeinsame Grundausbildung für eine Reihe von Berufen vorsehen könnten, um erst im 3. oder 4. Jahr im spezifischen Beruf auszubilden.

305. ... Die Zukunft des dualen Systems hängt davon ab, ob auch (bzw. vermehrt) (sehr) gute Schüler, denen der Aufstieg in den (technischen) Tertiärbereich offensteht, diesen Weg beschreiten. (Nur auf diesem Hintergrund ist die Diskussion um die Einführung einer Berufsmatura richtig zu verstehen).

356. Das offensichtliche Interesse der Schweiz am Lehrlingswesen macht auch, dass versucht wird, dessen Stellung und Beitrag im Unternehmen und in der ganzen Produktionswirtschaft noch auszubauen. Die Arbeitszeit des Lehrlings darf (aber) z.B. jene der Arbeiter im Betrieb nicht übersteigen... Sollte nun an-

gesichts der Komplexität bzw. des Umfangs der Wissensbereiche diese Arbeitszeit nicht als Maximum statt als Normalwert definiert werden? Wird heute nicht eine Überlastung vieler Schüler riskiert, selbst wenn die Berufsschule als Arbeitszeit gilt? Sind die Behörden in der Lage (und willens), die Einhaltung der Vorschriften zu kontrollieren? 358. Eine letzte Frage betrifft die Relation zwischen dem dualen Berufsbildungssystem und dem ausgeprägten Trend zur Tertiärisierung der Wirtschaft. Es sei vermerkt, dass die Vorbereitung auf die Berufe des Tertiärbereichs i.d.R. mehr Allgemeinbildung erfordert als spezifisch berufliches Fachwissen. Da der Beruf des kaufmännischen Angestellten der zahlenmässig stärkste ist, fragen wir uns, wie dort (und allgemein) das Grundwissen vermittelt wird. Über welche allgemeine und fachliche Ausbildung verfügen die Berufsschullehrer?

454. Es scheint offensichtlich von Nachteil zu sein, dass ... die Verantwortung für die Allgemeinbildung und für die Berufsbildung auf verschiedene Departemente (bzw. Direktionen) aufgeteilt ist.

456. Die OECD-Experten fragen sich schliesslich, wie eine ständige berufliche Weiterbildung und eine wesentlich verbesserte Durchlässigkeit unseres Bildungssystems in der Schweiz (bzw. im EWR oder in der EG) erreicht werden soll und kann. (Die männlichen Formulierungen entsprechen Bericht und Wirklichkeit.)

EIN REFORMMODELL FÜR DEN BERUFSSCHULUNTERRICHT

Die vom OECD-Bericht aufgeworfenen Fragen und Themen sind nicht nur für die berufskundlichen, sondern auch für die allgemeinbildenden Fächer von grosser Bedeutung.

Die Lehrpläne bzw. Reglemente für die Berufskunde wurden und werden schneller angepasst, da sie für die Be-

rufsschule «wichtiger» scheinen als die Allgemeinbildung und auch eine stärkere Lobby besitzen.

Wie erwähnt sollen die Lehrpläne für Allgemeinbildung und die entsprechenden Abschlussprüfungen (LAP) nun in den kommenden Jahren revidiert werden.

Ich kann hier nur ein Modell einer möglichen Schulreform kurz vorstellen, nämlich den «Schulversuch Allgemeinbildung 2000» (SV AB 2000), an dessen Konzeption und Ver-

und Zeitprobleme mit Kompetenz zu behandeln. Das Lernen soll ihnen Erfolgserlebnisse ermöglichen und Freude machen. All dies soll erreicht werden, indem neue Lehr- und Lernformen angewendet werden. Es soll Raum geschaffen werden für ihre Aktivitäten. Dies verlangt von den Jugendlichen eine höhere Mit- und Eigenverantwortung. Die Rolle der Lehrkräfte wird dadurch auch verändert.

Wir treten unsern SchülerInnen nicht nur wissend und lehrend gegenüber, sondern

Anstelle des geltenden Lehrplans haben wir eine didaktische Matrix mit einer Liste von Handlungs- und Erlebnisfeldern, die den oft selbstgewählten Inhalt des ABU bestimmt (Beispiele: Wohnen und Mieten, Steuern und Versicherungen, Ökologie und Umwelt, Kultur und Kunst usw.). Während der Arbeit an einem i.d.R. fächerübergreifenden Thema werden immer auch Arbeitstechniken erlernt und eingeübt. Wir geben nur noch eine Semesternote für das Fach ABU. Eine neue



wirklichkeit ich selber beteiligt war und bin.

Gemäss unserem SV AB 2000 (Hrsg. Amt für Berufsbildung des Kantons Zürich) sind seit August 1991 bis heute 12 Lehrkräfte allgemeinbildener Richtung (ab August 92 dann 24 und von August 93 an 36 Lehrkräfte, inkl. Berufskunde) in einem kantonalen Schulversuch beteiligt, der folgende Ziele erreichen möchte:

Unseren Jugendlichen soll ein allgemeinbildender Unterricht (ABU) angeboten werden, den sie vermehrt als nutzbringend und bedeutsam erleben. Der Unterricht soll auf ihren Alltag und ihr Leben bezogen sein. Er soll sie befähigen, mit sich selbst und mit Mitmenschen sorgfältig umzugehen und wichtige Sachfragen

werden vermehrt zu ihren Beratern bzw. Betreuerinnen. Im SV AB 2000 legen wir grossen Wert auf eine umfassende Förderung verschiedener Fähigkeiten. So soll nicht nur die traditionelle Sachkompetenz zur Lösung von Wissensfragen, sondern auch die Sozial- und Selbstkompetenz erhöht werden. Wir fördern auch ganz bewusst die Zusammenarbeit in und zwischen unseren Klassen. So erproben wir z.B. projektartiges Lernen, Werkstattunterricht und Teamarbeit. Angestrebt wird ein erlebnisorientierter Unterricht, der vielfältige Formen von Schüleraktivitäten zulässt: Erstellen von Dokumentationen, Literaturstudium, Interviews, Besuche, Rollen- und Planspiele usw.

Form der Lehrabschlussprüfung (LAP) soll ermöglichen, dass sich die Jugendlichen am Ende ihrer Lehre nicht nur über Kenntnisse, sondern auch über Fähigkeiten und Fertigkeiten ausweisen können. Sie erarbeiten im letzten Semester eine Abschlussarbeit und werden dazu in einem Prüfungsgespräch mit einem zusätzlichen externen Experten getestet. Für die Schlussnote zählen auch die Zeugnisnoten. Die einsetzende Diskussion über die Reform der Allgemeinbildung muss sich auf eine fundierte Analyse der Berufsbildung stützen sowie die Grundgedanken des skizzierten Schulversuchs übernehmen, wenn wirklich Grundlegendes verbessert werden will.